

# Revolutionäre Rolle der Bergarbeiterfrauen im Ruhrgebiet!

Hamborn: Die KPD-Drachlieder haben energisch die Mobilisierung der Frauen angeordnet. Nach den bei der Polizei eingelaufenen Berichten ist das zupackende Verhalten der in Begleitung der Erwerbslosenfrauen befindlichen Frauenorganisationen sehr auffällig. Bei einem Inspektionsbesuch trafen Frauen, die Streikposten hielten, Polizeibeamte an. Einem Beamten wurde der Lidsack vom Kopfe geschlagen. Die Beamten mußten in verschiedenen Fällen mit dem Gummischnitzmesser gegen die Weiber vorgehen. (Der „Mittag“ vom 5. 1. 1931.)

Goldes und ähnliche Meldungen gingen in den Tagen des mächtigen Ruhrstreiks im Dezember durch die bürgerliche Presse. Es sprach daraus die tiefe Beunruhigung über die Tatsache, daß die Masse der für ruhrgebietlich angeordneten Frauen politisch erzieht und mit unbedingtem revolutionärem Sinn am Angriff übergeht.

In dem öffentlichen Vortrag der Bergarbeiterfrauen des Ruhrgebietes zeigt sich die wachsende politische Rolle der Frauen. Klar und überdeutlich erkennen sie die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes mit allen Mitteln. Sie, die die Not am härtesten verspüren, die mit den Kindern hungern, um dem Mann durch die Aufhebung eines besseren Pfandes die lebenswichtige Kraft für die materielle Arbeit unter Tage zu erhalten, für sie kann nur die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes. Ihre Parole war: Unter keinen Umständen weitere Vertiefung des Hungerlohnes. Kampf bis zur Abschaffung des Lohnbundes, revolutionärer Massenkampf gegen die Hungerentwertung.

Fort, wo die KPD und die KPD die Frauen im Betriebskampf aufriefen, erschienen sie bald zahllos. Keine Betriebskassenabteilung, die zur Vorbereitung des Streiks Stellung nahm, in der nicht die Bergarbeiterfrauen auftraten und zum Kampfe ansetzten. Kein Kampfaufruf, keine Streikleitung, in der nicht die Bergarbeiterfrauen neben dem Kampf ihre politische Arbeit leisteten. Sie waren das ansteckende, mutige, nie versagende Element von der ersten bis zur letzten Stunde des Streiks. So berichtet das „Katholische“ von der Schachtanlage 12.

Am Ende der christlichen und reformistischen Betriebsräte des Ruhrgebietes, erschienen sie als Streikführer auf. In vielen Fällen organisierten sogar Kampfbereitschaften in der Weise des Ruhr. Wie waren sie herbeigekommen? Eine Zeit lang waren sie in „Mannschaftsgruppen“ der Arbeiter und Frauen. Bei späteren Treffen der Frauen mußten sich die streikführenden Frauen behaupten lassen. Die Kampfbereitschaften und durch das beispielgebende Beispiel der Frauen setzte man, kein Schwanken gibt es. Die Reichswehr marschiert durch die Tore der Pflanze mit dem Gelände der Unternehmernale zum Streiklokal.

Der Kampf wird von den Betriebsrätinnen mit aller Konsequenz geführt. Nach in Dunkel Nacht, früh morgens um 2 und 4 Uhr geben im Duisburger Hamborn, Streikgebiet Gruppen von Frauen durch die Kolonnen, Haupten an die verschiedenen Werkstätten und übernahmen von dort die Arbeit von Frauen zum Massenstreikpolenleben zusammen. Auf den Schichten 12, 17, 24 und 25 mußten die Kampfbereitschaften zum Einsatz kommen, von den Frauen angeschlossen und befehligt. Bei Streikbeginn und von Frauen in Kampfbereitschaften mit je einer parteilosen Vertreterin, die für die Zusammenhaltung der Gruppe und Verhinderung von Streikführern ist, und beugen alle Wege zur Jede. Jede Kampfbereitschaft befehligt um Fort, wo ausgeprägte Streikführer erschienen, bekommen sie die arbeitenden Hände der Arbeiterinnen zu leiten. Die Kampfbereitschaften werden ihnen abgenommen. Als die Verwaltung der Schachtanlagen den Streikführern verbot, daß sie keine Kampfbereitschaft mehr unterhalten dürfen, so sie die Kampfbereitschaften nicht aufgeben würden die Unternehmung streikführer. Die Streikführer werden durch die Kampfbereitschaften kontrolliert und mancher wurde so erwischt.

Auf den Schichten übernehmen die Frauen allein das Streikführer und halten ihren streikenden Mann an. Sie wollen damit die großen Opfer der Bergarbeiter, die unter dem brutalsten Terror der Polizei stehen, vermindern. Aber bald erkennt die Polizei die bedeutende Rolle der Frauen. Polizeihandlungen gegen sie arbeitend und es ergriff viele Verurteilungen. Die Frauen wichen dem Polizeiterror nicht.

Mit wie ausdauerndem Willen die Frauen die Rolle der Frauen im Kampf spielen, zeigt ein Beispiel von der Schachtanlage 12. Dort beschloß ein Mann den Streik. Daraufhin kam in der Frau eines Bergmanns, der bei Polizeihandlungen getötet worden, ein Mann und der die Frau auf einen Mann heftigst, ihren Mann in der unterirdischen Unternehmung für den Lohnbundes in besessen. Die Frau wies dies Aninnen mit Entschiedenheit zurück.

Auch in den Schachtanlagen blieben die Frauen mutig und ungebrochen. In einem Ort des Ruhrgebietes sollen die Inspektoren vor ihrer Verhaftung einen Koffer unterzeichnen, daß sie auf behauptet werden, kein Mann und kein Kind kommen dürfen. Eine parteilose Bergarbeiterin weigerte sich den Koffer zu unterschreiben. Schlußlich brachte man ihr einen Koffer in der Verhaftung über die Maßnahmen der Polizei im Ruhrgebiet berichten würde. Sie sofort wieder zu verhaften. Dieses am nächsten Tage mit der Bergarbeiterin in einer Kampfbereitschaft zusammen auf und befehligt von den Schichtführern, denen die Bergarbeiterinnen im Ruhrgebiet angeschlossen waren.

Tausende von Frauen haben auf den Demonstrationen die organisierte Parteilosung ihrer Wahnauffassung und Arbeit beibehalten. Sie forderten das rote Berlin und die anderen Teile Deutschlands zum revolutionären Kampf der Arbeiterinnen an. Bis zum Internationalen Frauentag, dem 8. März, sollen sie das Ziel der Demonstrationen und aber Tausende neuer Arbeiterinnen, der Schichtführer und Arbeiterinnen, die die Kampfbereitschaften der Arbeiterinnen unterstützen, haben und den Massenstreik der Arbeiterinnen.

## Wie „Lurche“ entstehen KPD-Preise bezeichnet den Genossen Gerslow als „Ruffen“

Durch die sozialdemokratische Presse geht ein Artikel zur Gründung des Roten Arbeiterbundes der Bergarbeiter, beispielsweise abgedruckt in der „Frankfurter Tagespost“ vom 13. Jan. in dem folgende insame Denunziation enthalten ist:

„Das Hauptvertrauen in der Bekämpfung liegt der KPD Gerslow, eines jenseits kommunistischer Parteiführer in Wien, wobei er jedoch nicht gemeldet ist. Zweifellos ist er nur ein Beauftragter Moskaus, der in besonderer Weise in das Kohlenrevier abkommandiert wurde.“

Es genügt eigentlich, diese Denunziation an sich zu betrachten, um sich nach zur Illustration der KPD-Preise bemerkt werden, daß Genosse Anton Gerslow ein revolutionärer Arbeiter und gebürtiger Berliner ist. Den revolutionären Arbeiter Oskar ist der Genosse Gerslow sehr gut bekannt. Als er in Ostpreußen die KPD und die Bergarbeiterbewegung leitete, wurde gegen ihn von der KPD-Preise gegen einen seiner aktiven Arbeiter in dem Bezirk Gebauer, Berlin

Wollen endlich denkende Arbeiter, die bisher der KPD nach folgten, weiterhin eine Hilfe unterliegen, die solcher Denunziationen, möglich eines kühnen Kämpfers, fähig ist?

# Die Großen fressen die Kleinen

Massenbankrotte in Sachsen — Bankisten als Helfershelfer der Millionäre

Dresden, 17. Januar  
In dem Bericht des Landesstatistischen Amtes über die Konfiskation und Verleihungsverfahren im Dezember in Sachsen ist wieder eine gewaltige Steigerung gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen. So wurden eingetrigelt:

Angekauft	Dezember	November	Verleihungsverfahren	Dezember	November
Kaufgeboten	192	169	62	53	
mangelnde Masse abgelehnt	104	106			
nicht eingetragene Firmen	88	83			
Gesellschaft	108		34		
natürliche Personen	21		12		
Kaufhülle	15		14		
Industrie	48		1		
Handel	34		19		
Banken	56		21		
sonstige Gewerbe	37		6		
Landwirtschaft	4		1		

Die Konfiskation und Verleihungsverfahren 1929 und 1930 betragen:

Neue Verfahren	Konfiskation		Verleihungsverfahren	
	1929	1930	1929	1930
Seltene Unternehmen	1996	2114	649	831
Betroffene Wirtschaftsklassen:	1478	1806	154	744

Das ist eine Illustration der Einkommenskonzentration des Kapitals, wie sie deutlich nicht erfolgen kann. Diese Zusammenbrüche der kleinen und mittleren Unternehmungen

nehmen mit der wachsenden Arbeitslosigkeit zu. Fast 600 000 Erwerbslose haben wir in Sachsen. Dazu die Masse der erwerbsfähigen Kleinrentner und die stets zunehmende Zahl der Sozialrentner. Dieses Massenheer der ohne genügendes Einkommen, nur mit Hungerunterstützungen ihr Leben fristenden bedeutet eine so gewaltige Senkung der Kaufkraft, daß die davon abhängenden kleinen Geschäftskreise ruiniert werden. Dazu kommt, daß durch das schändliche Regime gerade auf die Schultern der Schwachen die höchsten Steuern gebürdet werden.

Als die Kommunisten im Reichstag verlangten, angeht die Massennot die Millionenäre und großen Einkommen mit einer Sondersteuer von 20 Prozent zu belegen, stimmten die 187 Volksabgeordnete im Reichstag dagegen.

So helfen diese Leute mit, die kleinen Leute in ihrer Erlöse zu untergraben. Die Zeit und Kräfte betätigen sich als Minister ebenso eifrig bei der Einleitung der Youngheuern. So ist deshalb nichts wie niederträchtiger Betrug, wenn die Regie ihre goldenen Blütenblätter unter die Massen bringen, so sie die verbrecherische Politik des Zentrums und der SPD anprangern. Die Bankisten verzweigen darin, was sie selbst auf dem Kerbholz haben.

Sorgt für Aufführung in Stadt und Land! Der Kapitalismus ruiniert die kleinen Existenzen. Nur eine Sowjetmacht gibt allen Verdienenden menschenwürdige Existenzmöglichkeiten. Schmeißt die Massenfront gegen Kapitalismus unter Führung der KPD. Werbt für das Kampfbüro der Verdienenden, die Arbeiterstimme!

## Rüffet zum Kampfbüro!

In der öffentlichen Versammlung, die im Klubpart von H. u. G. stattfand, wurde ein parteiloses Komitee als Delegiertes zum Kampfbüro gewählt. (K. 121)

## Um die Futtertrippe

Dresden, den 18. Januar.

Die Nazis führen wieder einmal eine stärkere Kampagne um einige Regierungsfuttertritte in Sachsen. Nachdem Straher sich die Werbellüste gebrochen hat, erklärte das linke Nationalsozialistische, daß inselgefallen eine „andere Situation“ in der personellen Beratung des Innenministeriums einsetzten ist. Diese Forderung ist für die Staatspartei bestimmt, die vor allem den Nationalsozialisten, Straher als Innenminister, ablehnte. Die „Sächsisch-Böhmische Korrespondenz“ überbringt, daß die Staatspartei trotzdem nicht an eine Umbildung der Regierung mit der Beteiligung der NSDAP denke, und nicht, wenn ihr ein Ministerposten bewilligt wird.

Die „Kölnische Zeitung“ legt in einer längeren Auslassung zu diesem Thema, daß „im Augenblick“ an eine Regierungs-umbildung in Sachsen nicht zu denken ist, weil man sich „eine bessere“ Regierung als das Diktatorat Strahers nicht wünschen kann. Man will die Nazis, weil es unumgänglich ist, noch eine Zeitlang behalten. Aber die enge Verbindung der NSDAP mit

dem NS-Parlament ist darauf schließen, daß die Staatspartei in absehbarer Zeit mit bei der Partei sein wird, zumal auch Mahraun in einer Vorlesung die früher ablehnende Haltung der „Youngdeutsch“ fortgesetzt. Die Hitlerpartei macht große Anstrengungen, so schnell als möglich in die Regierung zu kommen. Ansehend soll sie noch etwas hingehalten werden.

## Feder kaltgestellt

Der Nazijugendrat Feder ist aus sämtlichen Ausschüssen des Reichstages ausgetreten. Diese Kaltstellung des Theoretikers der NSDAP dürfte darauf zurückzuführen sein, daß er allzu offen dem Sozialismus abgelehnt hat. Aber auch dieses Behauptungsmandat Feder verheimlicht nicht mehr, daß Tausende von Nazijüngern, die noch am 14. Dezember Hitler wählten, ihn heute als Unterachmernecht erkannt haben.

# Rote Jugend gegen Arbeitsdienstpflicht

Die Massennot steigt. Fast 1 Million jugendliche Arbeitslose, über 1/2 Million ohne Unterbringung. Mit Polizeikraft und Gummistiefeln werden die in den Straßen demonstrierenden jugendlichen und erwachsenen Arbeiter niedergebunden.

Der Kampfmut und der Kampfbüro der verdienenden Jugend wächst. Die faschistische Regierung wird durch den Protest ruiniert. Die Nationalsozialisten, die Nationalsozialisten, die niemals mehr für die erwachsenen noch für die jugendlichen Erwerbslosen praktisch einsetzen und nie Anträge auf Unterbringung im Reichstag stellen, beantragen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. An der Schwereindustrie (Schienenbau, Maschinenbau, etc.) und besonders die Berliner Rüstungsindustrie, bringen in großen Buchstaben Reden von Regierungsvorstößen, in denen sie antworten, daß die Not der erwerbslosen Jugend sich gelindert werden.

Die erste Forderung über Einführung der Arbeitsdienstpflicht, in der die Vertreter der Reichsregierung, der Schwereindustrie und auch Vertreter der freien Gewerkschaften, Kapitalisten und Großhändler, teilnahmen, hat stattgefunden und ist geblieben.

Was bedeutet das für die verdienende Jugend?

Die Regierung ist ohnmächtig, unfähig und will und kann die Not der jugendlichen Erwerbslosen nicht lindern. Aber setzen diese Ergebnisse der Verhandlungen, daß die Arbeitsdienstpflicht nicht eingeführt werden soll, um die Not der erwerbslosen Jugend, besonders die rebellierenden erwerbslosen Jugendlichen, zu militarisieren. Dieses steht in enger Verbindung mit der allgemeinen außerpolitischen Stellungnahme der Faschisten-Regierung gegen die Sowjetunion und dem Schrei nach Unterwerfung. Die Form der Arbeitsdienstpflicht nach dem Willen der Nazi und der Wirtschaftspartei ist gefährlich, weil die Massennot der verdienenden Jugend steigt, die Widerstandskraft wächst und der kommunistische Jugendverband diese Kampfe führt.

Daß diese Anträge nicht durchgeführt werden, zeigt weiter, daß die politische Arie dieses bankrotten, kapitalistischen Wirtschaftssystems summt. Zu gleicher Zeit trägt man sich mit dem Gedanken eines freiwilligen Arbeitsdienstes unter Führung des Reichsausschusses Deutscher Jugendverbände.

Arbeitsdienst unter Führung des Reichsausschusses Deutscher Jugendverbände.

Als alles bürgerlichen Jugendorganisationen bis zur KPD freiwilliger Arbeitsdienst deshalb, weil, wie die Germania, das führende Zentrum, schreibt, bei einer Zwangsarmee die große Gefahr der revolutionären Zersetzung vorhanden ist. Sie wollen die Arbeitsdienstpflicht dezentralisiert in einzelnen Kommunen und Gemeinden durchführen. In manchen Teilen des Reiches stellen bereits die Zentrumsjugend und andere Jugendorganisationen Schulleiter und Kassen für Zwangsarmee. Freiwilliger Arbeitsdienst bedeutet, daß man eine Streikbrecher- und Bürgerkriegsarmee erheben will und diese Bürgerkriegsarmee soll hauptsächlich in öffentlichen Landgebieten der Großstädte konzentriert werden, d. h. daß dieser Arbeitsdienst im Kampfe gegen die Sowjetunion die Rolle spielen wird, wie im Jahre 1918 die Sturmtruppen im Osten.

## Rote Jugend gegen Arbeitsdienstpflicht

Bezeichnend ist, daß hier die Führer der freien Gewerkschaften, also die Führer der SPD und GKD, ihre Arbeitgeberschaftspolitik bewirtschaften und gleichermassen für die Arbeitsdienstpflicht eintraten.

Gerade jetzt am Todestage unseres Führers Karl Liebknecht gilt es, sein Vermächtnis zu erfüllen. Sämtlich die verdienende Jugend gegen die Bestrebungen der Militarisation und Faschisierung zu mobilisieren.

Unter antifaschistischer Kampfbüro gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in jeder Form ist der aktive Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion.

Im Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht gilt es, für die Forderungen, die die Kommunisten im Reichstag einbringen, die verdienende Jugend in Stadt und Land, überall zu mobilisieren. Im ganzen Lande müssen wir einen Massensturm entfachen, allen Deutschen, die über Jugendlosigkeit und Jugendlosigkeit sorgen, die Masse vom Gehirte herunterreißen. In allen Städten und Dörfern müssen wir in gewaltigen Kundgebungen den Massenprotest organisieren.

Alle Jugendorganisationen von den Nazis bis zur sozialistischen GKD-Führung, stehen auf der Seite unserer Feinde.

Seit gibt der Nazi an alle christlichen, sozialdemokratischen und von den Faschisten irregulären Jugendleiter und insbesondere an die nach Millionen zählenden unorganisierten Jugendlichen, die Einheit gegen die Gefahr der verdienenden Jugend herzustellen.

Zu diesem Zweck finden in allen Bezirken Deutschlands in den nächsten Monaten die Kongresse der verdienenden Jugend statt und anschließend der Reichskongress der verdienenden Jugend. Der Kampf um die Forderungen der jungen Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, der Angehörigen in den Kaminen und Warenhäusern, der jungen Landarbeiter und Kleinbauern muß zu einer großen revolutionären Bewegung der deutschen verdienenden Jugend organisiert werden unter Führung der Jungkommunisten. Zugleich dienen diese Verdienenden-Kongresse der Vorbereitung des gewaltigen Kampfabmarsches der verdienenden Jugend zum 6. Reichsjugendtag Ostern 1931 in Berlin. Wir müssen uns unserer großen Aufgabe gewachsen zeigen und im Kampf gegen die Regierung Brüning, die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, den Kampf bis zum Tode dieses Systems führen, gegen Hungerkatastrophen, Faschismus und Kriegsgesetz, für ein Sowjetdeutschland!

Berlin, den 18. Januar 1931.

- Zentralkomitee der kommunistischen Jugend Deutschlands
- Jugendkommission des Reichsausschusses der KPD
- Reichsjugendleitung des Kampfbüros gegen den Faschismus
- Zentralrat der freien Jugendverbände Deutschlands
- Reichsjugendleitung der Kampfbüro der freien Jugendverbände Deutschlands
- Reichsjugendleitung der sozialistischen Jugendverbände Deutschlands
- Reichsjugendleitung der sozialistischen Jugendverbände Deutschlands (GKD)
- Jugendleitung des Einheitsverbandes der Arbeiterjugend Deutschlands
- Jugendleitung der Internationalen Arbeiterjugend Deutschlands
- Jugendleitung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands